

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

VIERTES JAHR

MÄRZ 1953

ERNST RIGGERT

Neonazismus in Deutschland

Wirklichkeit und potentielle Gefahr

Drei Ereignisse in der letzten Zeit haben eine lebhafte Diskussion über die Frage ausgelöst, ob und in welchem Grade gegebenenfalls eine neonazistische Gefahr für die Bundesrepublik bestehe. Die britische Hohe Kommission ließ Mitte Januar überraschend sieben frühere prominente Nationalsozialisten, den sogenannten Naumannkreis, unter der Beschuldigung der nationalsozialistischen *conspiracy* — was nicht Verschwörung nach deutschen Begriffen zu bedeuten braucht — verhaften. Sie hat seither aber der Öffentlichkeit keine schlüssigen Beweise vorgelegt, die einmal ihre Besorgnis in bezug auf die behauptete Gefährdung der demokratischen Ordnung und der Sicherheit ihrer Truppen, andererseits auch die peinliche Demonstration ihrer Besatzungsreservate gerechtfertigt hätten. Es ist daher erklärlich, daß der mit dem Prestige höchster britischer Stellen geführte „Schlag“ mehr schädliches Mißtrauen als Vertrauen in eine gesunde Absicht erweckt hat.

Die beiden folgenden antinazistischen Unternehmungen haben gleichfalls weniger einer Klärung der Lage als einer Bagatellisierung des Sachverhalts gedient. Zunächst erwies sich eine von amerikanischen Behörden veranstaltete Befragung eines „repräsentativen Bevölkerungsquerschnitts“, die angeblich eine steigende Neigung zum Nationalsozialismus erkennen lassen sollte, als fehlerhaft und mißdeutet. Sie wurde mit der Feststellung, daß sie gar nicht für öffentliche Verbreitung bestimmt gewesen sei, amtlich entwertet und zurückgezogen. Am 7. Februar erklärte dann der US-Außenminister, *Dulles*, in Bonn, daß er nicht an eine neonazistische Gefahr in Deutschland glaube.

Wenige Tage später erfolgte von deutscher Seite ein Schritt gegen neonazistische Kreise. Auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft wurden in Bremen der frühere SA-Führer und jetzige „Fähnrich“ des „Freikorps Deutschland“, *Hawranke*, in Hamburg der „Führer“ dieser kleinen Organisation, *Hermann Lamp*, und als mutmaßliche Kontaktleute und Hintermänner der frühere Wiener Gauleiter *Alfred Frauenfeld* und der vormalige Bruderschaftsälteste und SRP-Propagandaleiter *Helmut Beck-Broichsitter* festgenommen. Diese auffällige Aktion und ihr Ergebnis scheinen wiederum geeignet, die offizielle These zu stützen, nach der es nämlich keine nennenswerten neonazistischen Regungen in der Bundesrepublik gibt.

Das „Freikorps Deutschland“ war im Sommer 1951 gegründet worden. Als Gründer und Leiter traten die beiden 1950 aus der DP ausgeschlossenen früheren Funktionäre des „Bundes junger Deutscher“ *Lamp* und *Neumann* auf. Nach ihren Vorstellungen sollte das „Freikorps“ eine antiparteiliche, soldatische Organisation sein, deren Mitglieder sich zu blindem Gehorsam verpflichten mußten. *Dönitz* galt ihnen nach wie vor als legaler Nachfolger Hitlers. Sie waren fanatische Vertreter einer neuen Dolchstoßlüge. Für sie war der Krieg nur durch Verrat und Sabotage der Widerstandskreise verloren worden. Das „Freikorps“ sollte die Lage im Sinne einer NSDAP ohne Hitler wiederherstellen. Zunächst mögen sich einige hundert Leute für die Neugründung interessiert haben. Diese Zahl schrumpfte aber bald auf wenige Dutzend zusammen. Weder zahlenmäßig noch nach der Qualität seiner Führer bedeutete das „Freikorps Deutschland“ jemals eine Gefahr. Zudem verlief seine Tätigkeit kaum geheim.

Der Hamburger Polizeisenator hatte mit Rücksicht auf die entschiedene Verfassungswidrigkeit der Bestrebungen dieses Kreises schon frühzeitig ein Verbot ins Auge gefaßt, wie er vorher den kleinen antisemitisch-nationalsozialistischen „Bund für Wahrheit und Recht“ aufgelöst hatte. Er wurde veranlaßt, noch abzuwarten. Nun führte also der Bundesanwalt den Schlag ins fast Leere. Der rabiante *Lamp* hatte weder *Frauenfeld* noch den zu jeder Verworrenheit neigenden *Beck-Broichsitter* von der Bedeutung seines „Freikorps“ zu überzeugen vermocht. Einzig der frühere Luftwaffenoberst und Naumann-Gefolgsmann *Hans Ulrich Rudel* hatte dem „Freikorps“ Abdruck und Vertrieb seiner Schriften zugestanden, das ihm angebotene Oberkommando über das traurige Häuflein aber abgelehnt.

Die Aktion der Bundesanwaltschaft machte einige Möchtegerne, die stur im alten Stile weiter Nazis zu spielen versuchten, die mehr lächerlich und offenbar irre als selbst für überzeugte Nationalsozialisten anziehungskräftig waren, öffentlich bekannt. Bedarf es noch weiterer Bestätigung, daß der Nationalsozialismus in Deutschland nur noch ein kraftloses Überbleibsel in den Köpfen einiger Verworrener und Unbelehrbarer ist?

Der nahegelegte Schluß wäre ein Trugschluß. Zahlreiche Tatsachen sprechen dagegen. Aber selbstverständlich gibt es verschiedene Standpunkte zu dem Problem, was Neonazismus ist und ob er, wenngleich keine akute, so doch eine potentielle Gefahr darstellt. Diejenigen, für die der herrschende Nationalsozialismus eine Gefährdung selbst der physischen Existenz bedeutete, werden ganz anders urteilen als die trägen Millionen, die einmal seine Mitläufer oder Nutznießer waren. Es gilt jedoch, Übertreibungen und falsche Bewertungen des in Erscheinung tretenden Neonazismus, der nicht mit dem Nationalsozialismus Hitlerscher Prägung ohne weiteres gleichzusetzen ist, ebenso zu vermeiden wie billige Bagatellisierungen. Um den außenpolitischen Kredit der Bundesrepublik brauchte man sich nur Sorgen zu machen, wenn die verantwortlichen Stellen Tatsachen nicht anerkennen würden.

Die Aufgabe einer Klärung des Sachverhalts wird erschwert, weil gleichzeitig besonders im Ausland viel kolportierte summarische Fehltritte zurückzuweisen sind. Der in der großen Londoner Wochenschrift „*Illustrated*“ von *Willi Frischauer* verbreitete Artikel „Return of the Nazis“ stellt eine bössartige Irreführung dar. Auch gewisse innerdeutsche Alarmmeldungen, die sich aus einer Überschätzung des bloß Nominellen ergeben, müssen berichtigt werden. Mit den Vorstellungen der Vergangenheit allein ist dem Neonazismus in Deutschland nicht beizukommen. Nicht jeder Name eines früheren NS-Rangträgers, der wieder in der Öffentlichkeit erscheint, rechtfertigt Mißtrauen und Verdacht. Wir finden gegenwärtig ebenso viele Leute mit blütenweißen Fragebogen, sogar echte frühere Hitlergegner, die heute neonazistischen Tendenzen folgen, wie es frühere Nazis gibt, die sich ohne taktische Hintergedanken zur Demokratie bekennen. Aus der Fülle der Erscheinungen ist das politisch Symptomatische von dem nur Zufälligen und Sensationellen zu scheiden.

„Es gab Nazis und es gibt Nazis, und solange der Nazismus kein Kunststil ist, sollte man nicht über Neonazismus reden.“ So schrieb ein Noch-Nazi im „Weg“, jener nationalsozialistischen Emigrantenzeitschrift, die im Dürer-Verlag, Buenos Aires, erscheint, aber auch in Deutschland merklich verbreitet ist.

Die Bemerkung ist insofern irreführend, als die Noch-Nazis — im Sinne Hitlerscher Vorstellungen — nicht das eigentliche Problem des Neonazismus bilden. Der Neonazismus verhält sich nicht nur taktisch anders. Er geht oftmals über alte Treueverhältnisse hinweg. Wir werden finden, daß er sich in gewisser Weise sogar mehr „europäisch“ als deutsch-nationalistisch geben kann.

Sonderfälle

Bevor wir eine politische Lagebeurteilung in bezug auf das versuchen, was sich an Sorge, Befürchtung und Gefahr im Zusammenhang mit dem Neonazismus ergibt, sollen einige bisher kaum beachtete Randerscheinungen besprochen werden.

Es gibt noch Nazis. Aber sie sind, wenn nicht direkt in Argentinien, wie die Leute, die den „Weg“ herausgeben, oder in Spanien, doch in eine gewisse innere Emigration geraten. Ihre Uhr ist am 8. Mai 1945 stehen geblieben. Zwar möchten sie „wiederkommen“ wie der alte Barbarossa aus dem Kyffhäuser, doch dürften ihnen ebenso die Barte durch die Tische ihrer Wartezimmer wachsen. Für den Neonazismus wirken sie manchmal störend.

In der Ausgabe des „Weg“ von Dezember 1952 findet sich ein langer Artikel des holländischen Nazi-Emigranten *Willem Sluyse* unter der Überschrift „Bernhard Ramcke SS-Obergruppenführer honoris causa“. Sluyse meint, der Fallschirmjägergeneral habe sich auf der vielberedeten Tagung der Waffen-SS in Verden als einziger Vertreter „wahren SS-Geistes“ erwiesen. Die ehemaligen SS-Generale *Steiner* und *Gille*, eigentliche Wortführer jenes Treffens, nennt er „Gaukelkünstler“. Ihre Mäßigung bedeutet ihm ein „jämmerliches Bild“.

Etwas anderes ist es, daß die blinde Abrechnungsstimmung, der Ramcke in Verden programmwidrig Ausdruck gab, vielen imponiert, die in ihrem Zorn über alliiertes Unrecht gegen viele Deutsche ganz vergessen, was von deutscher Seite dazu geschehen ist, alle Rachegeister der Welt gegen Deutschland aufzurufen, die es sich bequem machen, „unbequeme Wahrheiten“ auszusprechen. Diese Abrechnungsstimmung, die aus einer Verständnislosigkeit für die Problematik europäischen Zusammenlebens entspringt, die unmittelbar überleitet zur Bagatellisierung aller braunen Verbrechen und zur Rechtfertigung eines zerstörerischen Systems, ist ein wesentlicher Anknüpfungspunkt neonazistischer Werbung. Dabei übersehen die Abrechnungswütigen sogar, daß sie amtlichen deutschen Bemühungen um die Wiederherstellung gleichen Rechts für verurteilte Landsleute mit ihren Anklagen nur schaden.

Im Falle Ramcke läßt sich außerdem noch nachweisen, wem die blinde Einseitigkeit nützt. Seine Verdener Rede wurde im „Militärpolitischen Forum“, das dem östlich orientierten „Führungsring deutscher Soldaten“ nahesteht, als willkommene antiwestliche Propaganda abgedruckt. Wir werden noch öfter darauf hinweisen müssen, daß auch deutscher Neonazismus, der wesentlich Nationalismus ist, den Interessen des totalitären Ostblocks dient, daß in dieser Verbindung eine seiner zerstörerischen Wirkungsmöglichkeiten liegt.

Nicht unerwähnt bleiben darf in unserem Zusammenhang die heute schon wieder verzweigte und fanatisch tätige Gruppe von „Hitlergegnern“, die zu den Pateneltern des Nationalsozialismus gehörten. Wir meinen die *Ludendorffer*, die sich neuerdings „Bewegung für Gotterkenntnis (L)“ nennen, als deren Autorität immer noch die fünfundsiebzigjährige *Mathilde Ludendorff* gilt. Das Organ der Gruppe ist „Der Quell“, Hohe Warte-Verlag. Die Ludendorffer, mit denen Hitler die Lehre von einer jüdischen

Weltverschwörung gegen Deutschland gemeinsam hatte, haben seit 1930 etwa in einem taktischen und personalen Gegensatz zur NSDAP gestanden. Weil ihre Anhänger z. B. behaupteten, der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, *Dr. Ley*, sei jüdischer Abstammung und heiße eigentlich Levy, wurden auch sie wegen „Heimtücke“ ins Gefängnis gesperrt. Aus der Tatsache solcher „Gegensätze“ haben die Ludendorffer nach dem Kriege Kapital geschlagen. Sie sind legal wieder da, ohne sich im mindesten verändert zu haben. Die »Verschwörung gegen Deutschland« ist ihr Hauptthema, ihre Grundlehre die „deutsche Gotterkenntnis“. Jede Ausgabe des „Quell“ liefert dafür den Beweis. Das Heft vom 9. November 1952 enthält eine lange Inhaltswiedergabe des im gleichen Verlage erschienenen Buches von einem *Walter Bittner* „Verschwörung gegen Deutschland“. Danach war die Herrschaft Hitlers ein absichtsvoller Teil der „Weltverschwörung gegen Deutschland“, vor der Ludendorff immer gewarnt habe. Wir zitieren:

„Das erstaunte deutsche Volk wußte natürlich nicht, wie jener so erfolgreiche Mann (Hitler) alle seine ‚Wunder‘ vollbrachte, und *wer* ihm dabei half.“ Mathilde Ludendorff habe festgestellt, daß Hitler „zwei Spenden von 100 Millionen Reichsmark und im Februar 1933 noch eine weitere von 28 Millionen von Wallstreet-Großbanken“ erhalten habe. „Jetzt verstehen wir, warum Hitler von den heutigen Alliierten ohne Kampf alles zugestanden wurde, was früher verweigert worden war.“ Bittner charakterisiert den Nationalsozialismus wie folgt: „Unter dem Lärm einer pseudonationalen Propaganda bereiteten die Hitlerleute die Vernichtung des deutschen Volkes vor. Mit verabscheuungswürdigen Gewalttaten gegen Andersdenkende und Juden, mit der Verbreitung eines offenbaren Rassenwahns sollte das gesunde Rasseempfinden, das völkische Denken in allen Völkern erstickt werden, um diese im ‚Namen der Menschlichkeit‘ gegen das antisemitische Deutschland zu bewaffnen und das deutsche Volk noch mit der ‚Kollektivschuld‘ belasten zu können.“

Der „Quell“ hebt dann die rhetorische Frage des Verfassers hervor: „Wer macht all das wieder gut, was jene Bankhäuser Kuhn, Loeb, Mendelssohn, Schröder (privat wurde auch das Haus Rothschild genannt), dem deutschen Volk angetan haben, als sie dem käuflichen Psychopathen Hitler die Steigbügel zur ‚Machtergreifung‘ hielten, als sie ihm die Wahlfeldzüge bezahlten, was Herr Deterding, was die englische Regierung an Schuld auf sich geladen hat, als sie Hitler bezahlte, anerkannte und unterstützte? Die Menschenopfer, die Hitlers Kreaturen den andern Völkern aufgezwungen haben, sind vom deutschen Volk in größerer Zahl gebracht worden. Die Gegenrechnung wird nicht klein sein.“

Diese „Gegenrechnung“, gleich wie absurd sie begründet wird, scheint der politische Kern der ganzen Lehrveranstaltung zu sein. Bittner wird aber noch deutlicher. Der „Plan der Ausrottung des deutschen Volkes“, den u. a. *James Warburg* entwickelt habe, „steht in Übereinstimmung mit den im Alten Testament zu findenden, göttlich autorisierten Geboten der jüdischen Gesetzgeber“. Damit lenkt er die Gefühle zum finstersten Antisemitismus zurück. Die Schuld des von den angeblichen jüdischen Verschwörern verführten deutschen Volkes wird aufgewogen und die Gegenrechnung präsentiert. Daß die Ludendorffer zugleich den „Rassenwahn“ und die Methoden Hitlers ablehnen, ist freche Spiegelfechterei.

Die Ludendorffer sollten nicht unterschätzt werden, auch wenn sie sich vorläufig wenig aufdringlich benehmen und die breitere Öffentlichkeit kaum behelligen. Eine Hamburger Veranstaltung mit Mathilde Ludendorff im Januar 1953 war immerhin von mehreren hundert Anhängern besucht. Auch in anderen Orten hatte die „Bewegung für Gotterkenntnis (L)“ volle Säle. Sie bekämpft den Deutschland- und den EVG-Vertrag als Pläne zur Ausrottung des deutschen Volkes. Selbstverständlich lehnt sie auch den deutsch-israelischen Vertrag ab.

Die religiös getarnte Ludendorffbewegung ist mehr eine politische als eine „Bewegung für Geistesfreiheit“. Die Tarnung ist unschwer zu durchschauen. Sie pflegt die antisemitischen Lehren, die einmal der „Stürmer“ popularisiert hat. Ihr Patenverhältnis zur NSDAP sollte nicht vergessen werden.

Falsch wäre es, wenn man den deutschen Neonazismus und die Gefahren, die er für die Demokratie heraufbringt, an solchen Abseitigkeiten und Erscheinungen mehr sen-

sationellen Charakters messen würde. Nachäffereien der NSDAP, wie sie der „Führer“ des „Deutschen Blocks“, *Meißner*, in seinem „Aufbruch“ und in seinen Versammlungen betreibt, der Spuk der „Bewegung Reich“, der kleine Klüngel des offen antisemitischen verflochtenen „Bundes für Wahrheit und Recht“, sie gehören zwar zum Bild des Neonazismus, aber sie bestimmen es nicht. Die Kristallisationspunkte des Neonazismus sind in der Regel unauffälliger.

Die kurze Geschichte und das klägliche Ende der SRP, das vom Bundesverfassungsgericht eigentlich nur bestätigt zu werden brauchte, bieten ein Beispiel dafür, daß das offene Bekenntnis zur selben „Blutgruppe“ wie die NSDAP und die kleinbonzenhafte Nachahmung ihrer Führungsmethoden nicht mehr dauerhaft zieht. In sozial vernachlässigten Gebieten, auf dem flachen Lande und in kleinen Städten vermochte sie einige Unruhe zu erzeugen, eine Bewegung wurde sie nicht. Die mit der SRP in einem Wettbewerb des Nationalismus stehenden Gruppen hatten denn auch ein verhältnismäßig leichtes Spiel. In gewerkschaftlichen Hochburgen war die SRP überhaupt nie auf einen grünen Zweig gekommen.

Neonazismus im Wachsen

Der deutsche Neonazismus ist „demokratisch“ — so wie etwa das „Deutsche Programm“ des stellvertretenden FDP-Vorsitzenden *Middelhaue* „demokratisch“ ist. Er ist auch „europäisch“ eingestellt — so „europäisch“ wie das Bestreben Hitlers, Europa nach seinen Vorstellungen zu „ordnen“. Immerhin kann man manchem früheren Soldaten seine Beteuerung glauben, daß ihm am Ende aller Illusionen, in den letzten hoffnungslosen Schlachten an der Oder und um Berlin das Bild eines Europa erschienen ist, für das er hätte kämpfen sollen, dem er sich in spätester Stunde als einer Hoffnung für morgen zuwandte. Wir wissen auch, daß eine gewissenlose Propaganda damals die Vorstellung gefördert hat, der Krieg werde an der Seite der Westmächte gegen Rußland wiederaufgenommen werden. Der Neonazismus aber fälscht die Geschichte des Krieges gegen Rußland um, er macht daraus einen europäischen Einsatz und ein Verdienst Hitlers. Hierin rächt sich natürlich auch die alliierte Politik des *uncondkional surrender* (der bedingungslosen Kapitulation) und der fehlgeleiteten „Umerziehung“. Die Alliierten hätten das falsche Schwein geschlachtet, und sie wüßten es jetzt, flüstert man sich zu. Viele alliierte Torheiten geben der neonazistischen Werbung Nahrung, wie sie besonders in der Koburger Zeitschrift „Nation Europa“ vertreten wird. Einer ihrer Vertriebsagenten ist übrigens der deutsche Vertreter in der faschistischen Internationale, die sich „Europäische soziale Bewegung“ nennt, *Karl Heinz Priester*. Diese Bewegung hat nur in Italien und in Spanien zahlenmäßige und organisatorische Bedeutung.

In bezug auf das taktische Verhalten des Neonazismus ist zu beobachten, daß sich immer mehr der Grundsatz durchzusetzen scheint, eigene Organisationen zu vermeiden, mindestens vorläufig geeignete bestehende Gruppen und Parteien auszunutzen, Einfluß durch halb- oder ganzöffentliches Schrifttum, durch Rundbriefe, Bücher, Zeitschriften, Pressedienste statt durch Versammlungen zu gewinnen. Kleinen Konferenzen gewähren große Städte leicht genügende Deckung. Die großen Städte sind vorerst nur die Verschiebebahnhöfe im großen Netz der „nationalen Opposition“, dem selbst einige einmal lizenzierte Zeitungen schon dienstbar sind.

Die antidemokratische Haltung des Neonazismus versteckt sich — in dieser Hinsicht völlig nach NSDAP-Muster — oft hinter einem wütenden und verlogenen „Antimarxismus“, von dem aus eines Tages dann auch die Brücke zu einem neuen Antisemitismus geschlagen werden könnte. Das „nationale Deutschland“ wendet sich gegen jedes Paktieren mit den „Marxisten“, worunter vielmehr Gewerkschaften und SPD als etwa die in der deutschen Politik völlig isolierte KPD verstanden werden. Als „nicht national“ gelten auch Parteien, die sich auf Koalitionen mit den „Marxisten“ einlassen.

Natürlich bekennen die meisten Neonazis, daß sie aus den bösen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus gelernt hätten. Sie möchten neue Niederlagen vermeiden und erreichen, daß die Gegner nicht zu frühzeitig auf den Plan gerufen werden. Hitler, der den Krieg verloren hat, wird deshalb abgelehnt. Aber der Nationalsozialismus habe natürlich auch „gute Seiten“ gehabt, meinen sie. Die Judenvernichtung finden sie empörend, und in dieser Hinsicht sind sie meist sogar ehrlich. Antisemitismus ist kein verbindliches Kennzeichen des Neonazismus. Was sie verwerfen, bezeichnen sie in abgründiger Simplifizierung als Marxismus. Die Verachtung des demokratischen Prinzips, die sie dabei offenbaren, ist beinahe klassisch nationalsozialistisch.

Im niedersächsischen Landtagswahlkampf 1951 wirkte als Landeswahlleiter der DP der vormalige Landesgruppenleiter der NSDAP, *Dr. Emil Ehrlich*. Er wandte nationalsozialistische Propagandamethoden an, in dem er die Behauptungen verbreiten ließ, der demokratische Sozialismus sei nur eine Vorstufe zum totalitären Bolschewismus. Als „Beweis“ führte er an, der Bundestagsabgeordnete *Dr. Kurt Schumacher*, Todfeind für SED und KPD solange er lebte, habe die Verschmelzung von SPD und KPD zur SED in der Ostzone begünstigt. Das war genau nach dem Höllenrezept des weiland Dr. Goebbels gebräut. 1951 wirkt es so, daß die gewohnheitsmäßigen DP-Wähler in den sichersten Wahlkreisen dieser Partei die Stimme der Blutgruppe erkannten und SRP-Kandidaten wählten. Die SRP gewann ihre direkten Mandate bekanntlich gerade in Wahlkreisen mit traditioneller DP-Mehrheit, sofern man von DP-Tradition bei dieser ursprünglich weifisch-hannoverschen Partei überhaupt sprechen kann. Unsere Kritik an Ehrlich bezieht sich nur auf die Tatsachenfälschung und die damit verbundene Gefährdung der demokratischen Entwicklung.

Die SRP besteht nicht mehr. Hie und da haben kleine Gruppen versucht, gegen die Verbotsbestimmungen einen „kameradschaftlichen“ Zusammenschluß zu erhalten. Nennenswerte Erfolge waren solchen Versuchen nicht beschieden. Es darf auch bezweifelt werden, daß die vor einigen Wochen reorganisierte „Deutsche Reichspartei“ des Bundestagsabgeordneten *von Thadden* die wesentliche Auffangorganisation für die ehemalige Mitiäuferschaft der SRP abgeben wird. Dagegen sprechen vor allem die „Erfolge“ konkurrierender Parteien in den alten Wühlzentren der SRP. Damit kommen wir auf das Problem der Unterwanderung, der Eroberung nicht entschlossen demokratischer Gruppen und Parteien durch einsickernde antidemokratische Kräfte.

Dies wiederum ist nur ein Teil des allgemeinen Problems, wie die deutsche Demokratie die Millionen durch den Nationalsozialismus nachdrücklich beeinflussten Menschen, Mitläufer, Anhänger, Gläubige von gestern, für sich gewinnen kann, welches die Stellung Zehntausender ehemaliger NSDAP-Funktionäre, die nach dem Gesetz gleichberechtigt sind, die sich teilweise mit beachtlicher Energie wirtschaftlich wieder heraufgearbeitet haben, im öffentlichen Leben sein soll. Das ist ein echtes Problem. Soweit es bisher zu übersehen war, haben viele „Ehemalige“ sich von jeder Politik überhaupt losgesagt. Viele sind echt belehrt, darunter im besonderen jüngere und frühere Soldaten. Andere sind eindeutig der Versuchung erlegen, ihre Führerqualitäten erneut anzubieten, im BHE, weil sie doch auch „entrechtet“ sind, in Teilen der FDP und der DP. Zweifellos geschieht das nicht aus einheitlichen Motiven und nach umfassender Verabredung. Doch bestehen und vermehren sich auch Verabredungen schon. Sie werden begünstigt durch das offenkundige Bestreben politischer Parteien, gerade die geschulten Propagandisten und bekannteren Funktionäre der früheren NSDAP für sich zu gewinnen.

Dabei nun ergibt sich der unabweisbare Zweifel, ob nicht das oberflächliche Bekenntnis zur Demokratie in einer Partei etwa, auf deren Liste einst ein *Wolfgang Hedler* in den Bundestag gewählt wurde, für die der spätere „Freikorpsführer“ Neumann noch 1949 kandidierte, nur ein Lippenbekenntnis ist, ob gewisse Parteien, deren Führerschaft heute großenteils demokratisch sein mag, nicht morgen von der „nationalen Oppo-

sition“ übernommen werden. Und ob dann nicht, derweil noch viele Deutsche unter den Folgen einer fehlgeleiteten Treue leiden, Leute wieder hervortreten — gegen jedes Gebot politischen Taktes —, die einst mitgepredigt haben, Recht sei, was dem deutschen Volk nütze (im Augenblick).

Gewiß, die neonazistische Opposition ist vorläufig noch uneinheitlich. Niemand hat sie in der Hand. Sie strebt noch in verschiedene Richtungen. Gruppen, denen jede taktische Mäßigung unvertretbar scheint, stehen gegen andere, die sich demokratischen Formen anpassen. Neben anonymen Leserkreisen gibt es lauthalsige Gruppen, die sich um irgendwelche kleine Ehrgeizlinge, Reichs- oder Landesführer, scharen. Wir haben Beispiele dafür, daß „nationale“ Grüppchen in die „Freie Soziale Union“ drängen, in der sie gemeinsam mit der „Freien Mitte“ des Professors *Ulrich Noack*, kommunistenfreundlichen Tarnorganisationen und radikalen Pazifisten gegen die Westorientierung der Bundesrepublik Sturm laufen. Der größere Teil des bewußten Neonazismus scheint sich den Machtverhältnissen insoweit anpassen zu wollen, als er vorhandene in besonderem Sinne antimarxistische und antibolschewistische Parteien vorzieht. Diese Tendenz wird in den nächsten Monaten genauestens beobachtet werden müssen. Das von der Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht gegen die KPD und ihre mannigfachen Tarnorganisationen betriebene Verfahren dürfte aber die Unübersichtlichkeit der Lage noch beträchtlich verstärken. Die „Nationale Front“ östlicher Prägung und die neonazistische Opposition haben ohnehin nicht wenige Berührungspunkte.

Wir verzichten darauf, einen Katalog all der Gruppen, Grüppchen und Kreise aufzustellen, in denen neonazistische Tendenzen bisher bemerkbar wurden. Erst die nächsten Monate dürften erweisen, wieweit und in welchem Sinne sie sich dem Zug zur Konzentration neonazistischer Kräfte fügen — ins offen Antiparlamentarische, Antiverfassungsmäßige, in neue Parteibildungen oder in eine oder mehrere der miteinander konkurrierenden Parteien, die sich mehr oder weniger vorsichtig für die Aufnahme anbieten. Nicht übersehen werden sollte, daß die Hereinnahme früherer bekannter Nazis in einigen Parteien zu heftigen innerparteilichen Krisen geführt hat.

Die DP in Hamburg fand in dieser Lage eine ganz interessante Lösung. In der Bürgerschaft der Hansestadt tritt sie gemeinsam mit CDU und FDP als einheitliche, meist maßvolle Opposition gegen die sozialdemokratische Regierung auf. Für die Öffentlichkeit aber gibt ein Kreis ihrer Funktionäre, darunter der Landesverbandsvorsitzende *Conventz* und der frühere SA-Führer *Waltereit*, die „Deutsche Nationalzeitung“ heraus, in welcher die „nationale Opposition“ in der Koalition dreist das Wort nimmt. Das Blatt nahm auch den Sicherheitsbeauftragten der Bundesregierung, *Theodor Blank*, aufs Korn. Als „einzige Qualität für Eignung zum Amt des Verteidigungsministers“ habe Blank scheinbar seine Vorstandsmitgliedschaft in einer Industriegewerkschaft des DGB ins Treffen führen können. Die „Deutsche Nationalzeitung“ verlangt an seiner Stelle den Ehrenpräsidenten des „Stahlhelm“, *Kesselring*. In derselben Ausgabe ist von „vaterlandslosen Marxisten“ die Rede. *Dr. John*, der Leiter des Bundesamts für Verfassungsschutz, wird als Kollaborateur bezeichnet, der sowohl im Kriege als auch nach dem Kriege den ehemaligen Feinden Hilfsdienste geleistet habe. Der Landesverbandsvorsitzende *Conventz* schrieb in seinem Grußwort für die erste Ausgabe der „Deutschen Nationalzeitung“, der „starken Waffe für die nationale Front“: „Überlaßt nicht das Feld den Fremden (!), überlaßt nicht Deutschland seinem Schicksal, sondern faßt mit an, das grausige Schicksal von 1945 ungeschehen zu machen.“ Das ist unmißverständlich.

Ein besonders eindringliches Beispiel für Methoden und Taktik des Neonazismus liefern die seit Dezember 1952 in Hannover erscheinenden „Deutschen Blätter“. Sie werden herausgegeben von dem Münchener Anwalt *Dr. Rudolf Aschenauer*, der aus der „Deutschen Gemeinschaft“ *Haußleiters* ausgeschieden ist, und dem niedersächsischen Landtagsabgeordneten *Josef Erbacher*, der mit dem ehemaligen 2. Vorsitzenden des

niedersächsischen BHE und SRP-Freund *Dr. Schulz*, Zwischenahn, den „Bund heimat-treuer Deutscher“ gegründet hat.

In der Folge 4 der „Deutschen Blätter“ ist zu lesen: „Unter den Briefen, die uns erreichten, gibt es solche, in denen die ‚Deutschen Blätter‘ darum abgelehnt werden, weil sie nicht radikal genug gegen Adenauer schreiben, nicht sogleich gegen die Männer des 20. Juli als Landesverräter zu Felde gezogen sind, Eisenhower nicht genügend angreifen usw. Man macht ihnen also einen Vorwurf daraus, daß sie nicht wie ein blindwütiger Stier, der auf das rote Tuch zurennt und hierbei den tödlichen Stich ins Blatt bekommt, in die Waffe der Feinde eines nationalen Deutschland laufen, sondern mit klarem Blick die Entwicklung der Dinge betrachten und mit nüchterner Überlegung, aber unbändiger Liebe zu Volk, Vaterland und einer größeren europäischen Gemeinschaft das sagen, was gesagt werden muß. Oder aber auch zu schweigen verstehen, wenn das Schweigen im Interesse der Sache liegt, die gestern ‚Ramcke‘ hieß und morgen einen andern Namen tragen wird.“

Zum Thema Demokratie heißt es in den Folgen. 3 und 4 der genannten Zeitschrift: „Wir Deutsche laufen Gefahr, zum Haustier des Marxismus zu werden. Marxistischer Staatskapitalismus und die Plutokraten auf eigene Rechnung bedrohen uns. Beide vertreten ein Dogma ohne Liebe und betreiben den Seelenmord der Menschheit. Sie sind die ‚tanzenden Derwische um das goldene Kalb‘ und degradieren mit ihrer Niedertrachtsmoral den Menschen zum Arbeitssklaven und die Völker zu Herden. Wir Deutsche aber wollen uns freihalten von der Profitgier der Plutokraten und der Habsucht des Marxismus, wir wollen die natürliche Verbundenheit aller Volksschichten in der Volksgemeinschaft und rein sein in der Empfindung und Liebe für den Nächsten. Die Demokratie von Bonn hat nichts volksgeistiges an sich, sie übt Parteiherrschaft aus und keine Lenkung nach dem Willen und im Sinne des Volkes. Die Belange der Gesamtheit sind in keiner Weise vertreten.“ „Wir fordern die Hoheit des deutschen Volkstums über allem Einzelstreben der Volksglieder und ihre Anerkennung in der Welt!“

Den Gegner sieht das „nationale Deutschland“, für das die „Deutschen Blätter“ das Wort führen, beispielsweise in „einer großen Koalition mit einem SPD-Innenminister, die für die gesamte nationale Bevölkerung eine Behinderung in der Ausübung der Grundrechte nach niedersächsischem Muster und darüber hinaus eine Bedrohung sein dürfte.“

Die so angesprochene „nationale Bevölkerung“ wird es richtig verstehen, wenn es in einem Bericht über Japan heißt: „Die Japaner sagen von den Amerikanern, daß sie dem Reiche der aufgehenden Sonne die Demokratie und die Kinderlähmung gebracht hätten. Von diesen zwei Übeln sei zweifellos das erste das schwerste.“ Was kann das nach den „zur Diskussion“ gestellten, vorher zitierten Auslassungen anderes bedeuten als die Feststellung: Die Sieger ärgern uns Deutsche wieder einmal mit einer volksgeistfremden Demokratie. Die „Deutschen Blätter“ haben eine beachtliche Streuung. Das Gift, das sie verbreiten, sickert in weite Kreise. Und wie diese „Deutschen Blätter“ gibt es noch weitere „echt deutsche“ Presseerzeugnisse, die der Aufbereitung des Bodens für eine „nationale Sammlung“ gegen Demokratie und „Marxismus“ dienen.

Das Urteil über den deutschen Neonazismus in der Gegenwart könnte etwa so zusammengefaßt werden: Er stellt eine wachsende, noch sehr uneinheitliche, „führer“-lose Bewegung dar, in der aber bestimmte Tendenzen sich durchzusetzen beginnen. Keine seiner Gruppierungen bedeutet im Augenblick eine akute Gefahr für die Bundesrepublik. Eine „Machtergreifung“ liegt noch in weitem Felde. Für die nähere Zukunft aber könnte eine Gefährdung Wirklichkeit werden, sei es durch eine Eroberung einer bestehenden Partei von innen, sei es — obgleich weniger wahrscheinlich — durch den Zusammenschluß zu einer größeren antidemokratischen Partei. Das allgemeine Programm des Neonazismus könnte als ein *revidierter Nationalsozialismus* bezeichnet werden. Nationalismus und Verachtung der Demokratie, das Bekenntnis zu Führertum und „Ordnung“ sind wesentliche Grundzüge. Die Qualitäten seiner „Führer“ und ihr anspruchsvoller Ehrgeiz, aber auch die jedem Radikalismus feindliche Haltung der Generation, die in besonderem Maße Träger der Kriegs- und Niederlageerfahrungen war, sind hervortretende Hemmnisse für seine Ausbreitung.

Die Notwendigkeit, die Anfänge des Übels zu bekämpfen, liegt auf der Hand. Polizeiliche Maßnahmen werden dabei keine so ausschlaggebende Rolle spielen dürfen wie eine überzeugende soziale und demokratische Politik.